
Von: Grünig Seraina <Seraina.Gruenig@gdk-cds.ch>

Gesendet: Montag, 25. April 2022 11:14

An: _BAG-HMR <HMR@bag.admin.ch>

Cc: Jordi Michael <Michael.Jordi@gdk-cds.ch>; Schönbacher Katharina <Katharina.Schoenbacher@gdk-cds.ch>

Betreff: Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende - Position GDK

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kantone wurden mit Schreiben vom 24. Februar 2022 eingeladen, zur Pa. Iv. Giezendanner "[Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende](#)" Stellung zu beziehen.

Wir nutzen die Gelegenheit, um darauf aufmerksam zu machen, dass diese Initiative im Sinne der GDK ist. Bereits im Jahr 2017 hat die GDK das Bestreben des SRK zur Regelung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit der Blutspende in bundesgesetzlichen Grundlagen unterstützt. Wir erachten die Vorschläge der parlamentarischen Initiative als Bestandteil bzw. Fortführung der bereits damals verfolgten Ziele und sprechen uns somit im Grundsatz für die entsprechenden Anpassungen im Heilmittelgesetz aus.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Seraina Grünig

Seraina Gruenig, lic. rer. soc.
Projektleiterin / Cheffe de projet

GDK Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und –direktoren
CDS Conférence des directrices et directeurs cantonaux de la santé

Haus der Kantone
Speichergasse 6
Postfach, CH-3001 Bern
+41 (0)31 356 20 36 (direkt)
+41 (0)31 356 20 20 (Zentrale)
seraina.gruenig@gdk-cds.ch

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus

Bundesamt für Gesundheit
Schwarzenburgstrasse 157
3003 Bern

25. Mai 2022

16.504 n Parlamentarische Initiative Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende; Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt für die Gelegenheit, zur Vernehmlassung '16.504 n Parlamentarische Initiative Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende' Stellung nehmen zu können. Der Regierungsrat äussert sich wie folgt:

1. Allgemeine Bemerkungen

Der Kanton Aargau begrüsst im Grundsatz den Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats in Umsetzung titelgenannter parlamentarischer Initiative und unterstützt das Bestreben, eine bundesgesetzliche Grundlage zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bereich der Blutprodukte zu schaffen.

2. Stellungnahme zur Vorlage

a) Sicherstellung der Blutversorgung:

Die Corona-Pandemie hat deutlich aufgezeigt, wie wichtig eine zentrale Koordination von essentiellen Gütern in Krisensituationen ist. Zu Recht weist die parlamentarische Initiative darauf hin, dass die Sicherstellung der Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Blut und labilen Blutprodukten sowie die Organisation des Blutspendewesens bis heute rechtlich kaum geregelt ist. Dies erstaunt umso mehr in Anbetracht dessen, dass der Bundesrat die Blutspende bereits 1995 als landesweite gesundheitspolitische Aufgabe bezeichnet hatte.

Um die ständige Versorgung der Bevölkerung mit Blut und Blutprodukten und die Einhaltung der hohen Sicherheitsanforderungen unter Berücksichtigung der demografischen Entwicklung auch in Zukunft nachhaltig sicherzustellen, begrüsst der Regierungsrat das Ansinnen, diese als öffentliche Aufgabe des Bundes gesetzlich zu verankern.

In diesem Zusammenhang bedarf es naheliegend ebenfalls einer rechtlichen Grundlage, um die Übertragung dieser Aufgabe an eine geeignete Organisation (zum Beispiel Blutspende SRK) in Form eines Leistungsauftrags sowie eine Abgeltung der mit der Aufgabenerfüllung verbundenen ungedeckten Kosten zu ermöglichen.

b) Unentgeltlichkeit der Blutspende:

Für Blutspenden sollen keine finanziellen Gewinne oder andere Vorteile gewährt werden. Im Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) soll dafür die rechtliche Grundlage geschaffen werden. Im Sinne der Gleichbehandlung sollen Blut und labile Blutprodukte, die zum Zweck der Transfusion aus dem Ausland eingeführt werden, ebenfalls aus unentgeltlichen Spenden stammen.

Der Regierungsrat ist der Meinung, dass die Unentgeltlichkeit der Blutspende ebenfalls eine rechtliche Verankerung im Heilmittelgesetz finden soll; handelt es sich doch dabei um eine langjährige und unbestrittene Praxis, der bisher die rechtliche Grundlage fehlt.

b) Ausschlusskriterien (neuer Art. 36 Abs. 2^{bis}):

Dass der gesetzlich vorgeschriebene Ausschluss von bestimmten Personen (Art. 36 Abs. 2) zukünftig nicht so umgesetzt werden darf, dass die Ausschlusskriterien jemanden diskriminieren, namentlich nicht wegen der sexuellen Orientierung, ist ebenfalls Teil der Vorlage. Dazu ist zu sagen, dass dieses Anliegen nicht Teil der parlamentarischen Initiative (16.504 n Parlamentarische Initiative Giezendanner) war. Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats hat dieses Ansinnen in die vorliegende Vernehmlassung aufgenommen, dies vor dem Hintergrund, dass verschiedene europäische Länder in den vergangenen Jahren diesbezügliche Beschränkungen aufgehoben haben. Es erstaunt jedoch, dass dieser Punkt im Titel der Vernehmlassung nicht gesondert Erwähnung findet. Es hat deshalb den Anschein, dass auf diese Weise das Anliegen ohne grosses Aufsehen den Weg in das Gesetz finden soll.

Es ist grundsätzlich zu begrüssen, dass alle Menschen, die eine gewisse Dauer in einer sexuell exklusiven Partnerschaft leben, möglichst nach den gleichen Regeln beurteilt werden. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind dabei jedoch angemessen zu berücksichtigen. In der Schweiz wurde hierfür Mitte 2021 unter Federführung der Blutspende SRK Schweiz AG eine Fachgruppe Infektionskrankheiten gegründet. Das Ziel dieser Fachgruppe ist, das Restrisiko einer Übertragung von Infektionskrankheiten bei einer Lockerung der heutigen MSM-Spenderkriterien zu berechnen und diesbezügliche Empfehlungen abzugeben.

Der Regierungsrat unterstützt grundsätzlich die Schaffung einer Gesetzesgrundlage, um die unnötige Diskriminierung aufgrund der geschlechtlichen Orientierung zu verhindern. Die Empfehlungen der Fachgruppe Infektionskrankheiten sind jedoch im Gesetzgebungsprozess angemessen zu berücksichtigen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Alex Hürzeler
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Beilage

- Antwortformular

Kopie

- hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierungsrat des Kantons Aargau

Abkürzung der Firma / Organisation : RR AG

Adresse : 5001 Aarau

Kontaktperson : Renato Widmer, Kantonsapotheker

Telefon : +41 62 835 29 11

E-Mail : renato.widmer@ag.ch

Datum : 25. Mai 2022

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 31. Mai 2022** an folgende E-mail Adresse: hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Änderungen des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG)

Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemerkungen		
RR AG	Der Kanton Aargau begrüsst im Grundsatz den Vorschlag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats in Umsetzung titelgenannter parlamentarischen Initiative und unterstützt das Bestreben, eine bundesgesetzliche Grundlage zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit im Bereich der Blutprodukte zu schaffen.		
Name / Firma	Artikel / Absatz	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
RR AG	Art. 36 Abs. 2 ^{bis}	Bei der Formulierung des neuen Art. 36 Abs. 2 ^{bis} des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG) sollten die Empfehlungen der Fachgruppe Infektionskrankheiten mitberücksichtigt werden.	



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
hmr@bag.admin.ch

Appenzell, 19. Mai 2022

Parlamentarische Initiative Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende; Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 haben Sie uns im Rahmen der oben erwähnten Parlamentarischen Initiative die Vernehmlassungsunterlagen zum Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie hat keine Einwände oder Bemerkungen zu dieser Vorlage.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Gesundheits- und Sozialdepartement Appenzell I.Rh., Hoferbad 2, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidgenössisches Departement des Innern,
Bundesamt für Gesundheit, 3003 Bern

per E-Mail an: hmr@bag.admin.ch

[PDF- und Wordversion]

Thomas Frey
Ratschreiber-Stv.
Tel. +41 71 353 62 57
thomas.frey@ar.ch

Herisau, 20. Mai 2022

Eidg. Vernehmlassung der SGK-N zum Vorentwurf im Rahmen der pa. lv. 16.504 Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Gesundheit (BAG) die Kantonsregierungen eingeladen, zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative 16.504 «Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende» Stellung zu nehmen. Die SGK-N legt den Kantonen dafür einen Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG; SR 812.21) vor. Die Vernehmlassungsfrist dauert bis 31. Mai 2022.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Er begrüsst den von der SGK-N erarbeiteten Vorentwurf des Heilmittelgesetzes. Er erachtet die vorgeschlagenen Anpassungen als zielführend, um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Blutprodukten sicherzustellen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Thomas Frey, Ratschreiber-Stv.



Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates

Per E-Mail (als PDF- und docx-Datei) an:
hmr@bag.admin.ch

RRB Nr.: 453/2022 11. Mai 2022
Direktion: Gesundheits-, Sozial- und Integrationsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

Vernehmlassung des Bundes: 16.504 n Parlamentarische Initiative. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende. Stellungnahme des Kantons Bern

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Der Regierungsrat stimmt der Vorlage grundsätzlich zu, bittet jedoch um Berücksichtigung der nachfolgenden Anliegen und Bemerkungen:

1. Finanzieller Handlungsbedarf

Obgleich der Bedarf an Transfusionsblut aufgrund schonenderer Operationsverfahren und ökonomischerem Umgang abgenommen hat, ist aufgrund der steigenden Lebenserwartung der Menschen mit einem Mehrbedarf an Blutkonserven zu rechnen. Zudem scheiden bislang regelmässige Blutspender altersbedingt aus, während sinkende Geburtenzahlen und zunehmende Urbanisierung die Angebots-Seite gefährden. Zur nachhaltigen Sicherstellung des Blutspendewesens stimmt der Regierungsrat daher der Schaffung einer Grundlage zur Ausrichtung von Finanzhilfen des Bundes als flankierende Massnahme für die Sicherstellung des sicheren Umgangs mit Blut und Blutprodukten zu.

2. Unentgeltlichkeit der Blutspende

Die Unentgeltlichkeit der Blutspende hat in der Schweiz eine lange Tradition und ist unbestritten. Zum einen ist es aus ethischer Sicht unverantwortlich, Menschen in einer Notlage mit finanziellen Anreizen zu einer Blutspende zu motivieren. Zum anderen stellt die Unentgeltlichkeit auch ein wesentliches Sicherheitselement dar. Für Spenderinnen und Spender in einem Blutspendensystem, das auf Freiwilligkeit basiert, gibt es wenig Anreize, Risikofaktoren zu verheimlichen, wohingegen in einem bezahlten System finanzielle Anreize bestehen. Die Unentgeltlichkeit trägt somit wesentlich der Vermeidung kontaminierter Blutspenden bei. Mit Blick auf künftige mögliche Versorgungsengpässe und die sich daraus allenfalls ergebende Notwendigkeit für die Einfuhr von ausländischem Blut und labile Blutprodukte für Transfusionen erachtet der Regierungsrat die Schaffung von verwaltungs- und strafrechtlichen Instrumenten als sinnvoll, um dem Gebot der Unentgeltlichkeit der Blutspende Wirksamkeit zu verschaffen.

3. Ausschluss vom Blutspenden

Seit dem 1. Juli 2017 werden Männer, die Sex mit Männern haben (MSM), nicht mehr pauschal von der Blutspende ausgeschlossen. Voraussetzung für die Blutspende ist allerdings eine zwölfmonatige Karenzzeit seit dem letzten MSM-Kontakt. Diese Frist soll sicherstellen, dass das Risiko einer Krankheitsübertragung weiterhin sehr tief bleibt. Gemäss dem erläuternden Bericht¹ führt für alle übrigen Menschen demgegenüber geschlechtsunabhängig ein Wechsel der Sexualpartnerschaft in den letzten vier Monaten oder ein sexueller Kontakt (geschützt oder nicht geschützt) mit wechselnden Partnern respektive Partnerinnen in den letzten 12 Monaten zu einer Rückweisung.²

Aktuelle Statistiken zeigen, dass das Risiko einer Ansteckung mit gefährlichen Infektionskrankheiten bei Menschen in bestimmten Lebenssituationen nach wie vor deutlich erhöht ist. Eine Rückweisung besonders stark betroffener Gruppen kann aber nur gerechtfertigt sein, wenn sich die Übertragungsrisiken nicht auf anderen Wegen reduzieren lassen. Es gilt also eine Abwägung zu machen zwischen Sicherheit der Blutspende und Verhältnismässigkeit der Massnahmen, die zu diesem Zweck ergriffen werden.

In vielen anderen Ländern sind inzwischen für MSM deutlich kürzere Rückweisungsfristen von drei bis vier Monaten eingeführt worden. Andernorts wurden die spezifischen Rückweisungsregeln aufgehoben. Stattdessen werden Regeln geprüft und eingeführt, die das sexuelle Risikoverhalten grundsätzlich unabhängig von Geschlecht und sexueller Orientierung erfassen, und insbesondere Menschen, die seit einer bestimmten Mindestdauer in einer sexuell exklusiven Partnerschaft leben, einheitlich beurteilen.³

Vor diesem Hintergrund hält die Kommission im erläuternden Bericht fest, dass ihr die Aufrechterhaltung einer Rückweisungsfrist von 12 Monaten generell für MSM als sachlich nicht begründet und diskriminierend erscheint.⁴ In der Schweiz wurde Mitte 2021 unter Federführung der Blutspende SRK Schweiz AG eine Fachgruppe Infektionskrankheiten gegründet. Ihr Ziel ist es, das Restrisiko einer Übertragung von Infektionskrankheiten bei einer Lockerung der heutigen MSM-Spenderkriterien zu berechnen und Empfehlungen dazu abzugeben. Diese Empfehlungen werden voraussichtlich Ende 2022 vorliegen. Auch wenn es vom Grundsatz her zu unterstützen ist, dass die Ausschlusskriterien zur Blutspende niemanden diskriminieren dürfen, so ist die Si-

¹ Vgl. erläuternden Bericht, Ziff. 2.4., S. 12

² Vgl. dazu den Fragebogen der Blutspende SRK Schweiz, Chapter 17 A1: Medical Questionnaire and Informed Consent, Version 19

³ Vgl. ausführlich dazu erläuternder Bericht, Ziff. 2.4., S. 13 ff.

⁴ Vgl. erläuternder Bericht, Ziff. 3, S. 17

cherheit des Bluts doch oberstes Gebot. Daher sind zunächst die Empfehlungen der Fachgruppe abzuwarten, welche die Frage beantworten werden, ob eine generelle Aufrechterhaltung der Rückweisungsfrist von 12 Monaten für MSM in der Schweiz sachlich begründet ist.

Der Regierungsrat dankt für die Berücksichtigung seiner Anliegen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Beatrice Simon
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N)
Herr Nationalrat Albert Rösti, Kommissionspräsident
CH-3003 Bern

Per E-Mail an: hmr@bag.admin.ch

Liestal, 17. Mai 2022
RR/VGD

16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende: Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG) im Zusammenhang mit der Umsetzung der parlamentarischen Initiative 16.504.

Gerne teilen wir Ihnen mit, dass sich der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft im Wesentlichen der beiliegenden Stellungnahme der Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) anschliesst. Einige ergänzende Kommentare finden Sie im ebenfalls beiliegenden Antwortformular.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der weiteren Bearbeitung des Geschäfts zu berücksichtigen und danken Ihnen bestens für Ihre Bemühungen.

Freundliche Grüsse



Thomas Weber
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Beilagen:

- Stellungnahme GDK
- Antwortformular

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion Basel-Landschaft

Abkürzung der Firma / Organisation : BL

Adresse : Bahnhofstrasse 5, 4410 Liestal

Kontaktperson : Josiane Tinguely Casserini

Telefon : 061 552 62 24

E-Mail : Josiane.tinguely@bl.ch

Datum : 4.5.2022

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 31. Mai 2022** an folgende E-mail Adresse: hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Änderungen des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG)

Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemerkungen
BL	<p>Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft begrüsst grundsätzlich die Anpassung des Heilmittelgesetzes, um die Versorgung mit sicherem Blut und sicheren labilen Blutprodukten zu fördern und sicherzustellen.</p> <p>Die drei Ziele der Kommission (1. Ausbau des heutigen Systems der Finanzhilfe, 2. Unentgeltlichkeit der Blutspende 3. die Ausschlusskriterien vom Blutspenden niemanden diskriminieren dürfen, namentlich nicht wegen der sexuellen Orientierung) werden unterstützt.</p> <p>Der Regierungsrat schliesst sich grundsätzlich der Stellungnahme der GDK vom 25. April 2022 an. Besonders ist hervorzuheben, dass der Vorschlag der GDK-Vorstand zur Unterstützung der Blutspende SRK in ihrem Bestreben, die 11 Regionalblutspendedienste in drei Beschaffungszonen zusammenzufassen, dem Bestreben des Kt. BL zur Sicherstellung einer qualitativ hochstehenden Blutversorgung entspricht.</p> <p>Die Zonenbildung entlang der Kantonsgrenzen nach GDK Beschluss vom 19.1.2017 wird ebenfalls bevorzugt, v.a. auch für eine klare Regelung der Finanzierung und Aufsicht.</p> <p>Im Folgenden werden einzelne Punkte ergänzend zur Stellungnahme der GDK hervorgehoben bzw. ergänzt:</p>

Name / Firma	Artikel / Absatz	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
BL	35	<p>Das erlassene Einfuhrverbot für Blut und labile Blutprodukte aus dem Ausland, welche den Anforderungen an die Unentgeltlichkeit der Spende im Inland nicht genügen, wird unterstützt. Dieses Einfuhrverbot soll aber nur Blut und labile Blutprodukte für Transfusionen erfassen.</p> <p>Zur Herstellung von Heilmitteln sollen im Rahmen der geltenden Vorgaben grundsätzlich weiterhin Blut und labile Blutprodukte aus dem Ausland eingeführt werden können, auch wenn sie den Anforderungen im Inland an die Unentgeltlichkeit der Spende nicht genügen(vgl. Art. 34 Abs. 1 HMG). Es wird auf die S. 16 des erläuternden Berichtes der Kommission des NR für die parl. Initiative zur Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende vom 3.2.22 verwiesen.</p>	<p>Dies soll in der Arzneimittelbewilligungsverordnung entsprechend geregelt werden (z.B. in Art. 27 ff AMBV).</p>
BL	35 Abs. 3		Art. 35 Abs. 3 (neu)

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

	& Art. 86 Abs. 1 Bst. c	Es soll für Einzelfälle in Notsituationen trotzdem möglich sein, dass Blut oder labile Blutprodukte ohne Beachtung der Unentgeltlichkeit der Blutspende, spezifische Produkte eingeführt werden können. Eine "Einfuhr in Notfällen" darf nicht unter die Strafbestimmungen nach Art. 86 Abs. 1 Bst. c	In Notfällen ist die Einfuhr spezifisch für Patienten möglich, wenn die Massnahme dringlich und unerlässlich ist, um eine unmittelbare und schwere Gefährdung des Lebens oder der Gesundheit der Patientin oder des Patienten abzuwenden.
BL	36 Abs. 3	Die Ausschlusskriterien für Blutspenden dürfen korrekt nicht zur Diskriminierung führen. Es ist aber sicherzustellen, dass die Sicherheit der Heilmittel nach Art. 1 Abs. 1 des Heilmittelgesetzes eingehalten wird. Deshalb sollte der Bundesrat nach Art. 36 Abs. 3 nicht nur die Anforderungen regeln, sondern auch delegieren können, wie z.B. an den Europarat (Empfehlungen Europarat(R 95)(siehe AMBV Anhang 5) oder die Fachgesellschaften(SVTM).	3 Der Bundesrat regelt oder delegiert die Anforderungen an die Spendetauglichkeit, die Zuständigkeit für deren Abklärung und die dabei zu erhebenden Daten.
BL	41	Eine kantonale Zuständigkeit ist bei Bildung von drei Beschaffungszonen für die Schweiz schwierig zu regeln. Wir sehen hier das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung in der Pflicht subsidiär zur Privatwirtschaft zu agieren, siehe Kap. 6.4 S. 25 des erläuternden Berichtes der Kommission des NR für die parl. Initiative zur Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende vom 3.2.22.	Wir sehen hier das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung in der Pflicht, subsidiär zur Privatwirtschaft zu agieren (siehe Kap. 6.4 S. 25 des erläuternden Berichtes der Kommission des NR für die parl. Initiative zur Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende vom 3.2.22).



Zentralsekretariat / Secrétariat central

25.6

19.1.2017 / MJ/PB

BESCHLUSS DES GDK-VORSTANDS VOM 19.1.2017

DÉCISION DU COMITÉ DIRECTEUR DE LA CDS DU 19.1.2017

SR Blutspendedienst

Service de transfusion sanguine CRS

Schaffung einer Gesetzesgrundlage

Création d'une base légale

Ausgangslage

Siehe Memorandum der *Blutspende SRK Schweiz AG* an die GDK vom 8.12.2016 über die "Leistungsauftrag". *Blutspende SRK* beantragt dem Vorstand der GDK, die Schaffung einer bundesgesetzlichen Grundlage für die Blutspende zu unterstützen. Eine entsprechende parlamentarische Initiative ([16.504](#)), welche in allen politischen Lagern Unterstützung findet, wurde eingereicht. Damit soll

- die langfristige Versorgung gesichert werden;
- die Möglichkeit zur Übertragung der Leistungen an Dritte (*Blutspende SRK*) und deren Finanzierung geschaffen werden;
- die Unentgeltlichkeit der Spende sichergestellt werden.

Als Verfassungsgrundlage sind nebst Art. 102 BV zwei weitere Bestimmungen massgebend: Art. 118 BV, Abs. 2, Bst. a und b sowie Art. 119a, Abs.3 (Unentgeltlichkeit sowie Verbot von Handel mit Zellen).

Beurteilung

Die langfristige Versorgung der Schweiz mit Blutprodukten aus der Schweiz kann nur sichergestellt werden, wenn Vorhalteleistungen entschädigt und Einstandskosten konkurrenzfähig angeboten werden können. Dies braucht eine bundesgesetzliche Grundlage. Ebenfalls zu regeln ist die Unentgeltlichkeit aus Gründen der Qualität und Ethik, wie dies in den um-

Contexte

Voir mémento de l'organisation *Transfusion CRS Suisse SA* à la CDS du 8.12.2016 sur le "mandat de prestations". *Transfusion CRS* demande à la CDS de soutenir la création d'une base légale fédérale pour le don de sang. Soutenue par tous les camps politiques, une initiative parlementaire correspondante (16.504) a été déposée. Il s'agit de

- garantir l'approvisionnement à long terme ;
- créer la possibilité de transférer les prestations à un tiers (*Transfusion CRS*) en assurant leur financement ;
- garantir la gratuité du don de sang.

Outre l'art. 102 Cst., deux autres dispositions sont déterminantes comme bases légales : l'art. 118 Cst., al. 2, let. a et b et l'art. 119a Cst., al. 3 (gratuité et interdiction du commerce de cellules).

Appréciation

L'approvisionnement à long terme de la Suisse en produits sanguins provenant de Suisse ne peut être garanti que si les prestations de base fixes peuvent être indemnisées et des prix de revient concurrentiels peuvent être proposés. Cela nécessite une base légale fédérale. La gratuité doit également être réglementée pour des raisons de qualité et d'éthique, comme cela est déjà le cas dans les



liegenden Ländern bereits der Fall ist. Gegenüber von Blutspende Schweiz und im Rahmen der parlamentarischen Beratung ist deshalb von Seiten des GDK-Vorstandes die Unterstützung des Anliegens angezeigt.

pays environnants. Vis-à-vis de *Transfusion Suisse* et dans le cadre des délibérations parlementaires, le soutien de la requête de la part du Comité directeur de la CDS est par conséquent indiqué.

Beschluss

Der GDK-Vorstand unterstützt das Bestreben, zur Regelung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit der Blutspende eine bundesgesetzliche Grundlage zu schaffen. Diese verfolgt folgende Ziele:

- Der Bund stellt die Versorgung der Bevölkerung mit Blutprodukten sicher.
- Er kann diese Aufgabe Dritten übertragen und sorgt dabei für die finanzielle Abgeltung.
- Es ist verboten, für die Blutspende finanzielle Gewinne oder andere Vorteile zu gewähren resp. entgegenzunehmen. Ebenso müssen Blut und labile Blutprodukte, die zum Zweck der Transfusion aus dem Ausland eingeführt werden, aus unentgeltlichen Spenden stammen.

Décision

Le Comité directeur de la CDS soutient la volonté de créer une base légale fédérale pour régler différentes questions en lien avec le don de sang. Celle-ci poursuit les objectifs suivants :

- La Confédération assure l’approvisionnement de la population en produits sanguins.
- Elle peut déléguer cette tâche à des tiers en veillant à leur indemnisation.

Il est interdit de promettre ou d’accepter des gains financiers ou d’autres avantages pour le don de sang. De même, le sang et les produits sanguins labiles importés de l’étranger à des fins de transfusion doivent provenir de dons non rémunérés.

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Basel-Stadt

Abkürzung der Firma / Organisation : BS

Adresse : Rathaus, Marktplatz 9, 4001 Basel

Kontaktperson : Dorothee Frei Hasler, Generalsekretärin, Gesundheitsdepartement

Telefon : 061 267 95 49

E-Mail : dorothee.frei@bs.ch

Datum : 17. Mai 2022

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 31. Mai 2022** an folgende E-mail Adresse: hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Änderungen des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG)

Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemerkungen
BS	<p>Die von der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) mit dem Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG) verfolgten Ziele (die Finanzhilfe, die Verankerung der Unentgeltlichkeit der Blutspende sowie das Diskriminierungsverbot) werden als wichtig und sinnvoll erachtet und daher grundsätzlich begrüsst. Nicht ganz klar ist jedoch, ob eine neue gesetzliche Regelung zum Diskriminierungsverbot nötig resp. ob das Anliegen nicht schon im aktuellen Recht erfüllt ist. Die heute geltenden Ausschlusskriterien für Blutspender/innen, wie sie im Heilmittelgesetz (HMG) bzw. der Arzneimittel-Bewilligungsverordnung (AMBV) zum Schutz der Gesundheit von Spender/innen und Patient/innen geregelt sind, fokussieren auf Risikoverhalten und richten sich nicht nach der sexuellen Orientierung von potentiellen Spender/innen. Die im HMG und AMBV zur Blutspende geltenden Regelungen erfüllen somit bereits heute das in der Bundesverfassung verankerte Diskriminierungsverbot. Es besteht das Risiko, via einen verfassungsrechtlichen Begriff den Zweck des HMG, nämlich den Schutz der Gesundheit des Menschen, auszuhöhlen. Wir regen an, diesen Punkt mit den zuständigen Bundesämtern eingehend zu diskutieren.</p>

Name / Firma	Artikel / Absatz	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)



Genève, le 18 mai 2022

Le Conseil d'Etat

2078-2022

Conseil national
Commission de la sécurité sociale et de
la santé publique
Monsieur Albert Rösti
Président
Palais du Parlement
3003 Berne

Concerne : 16.504 Garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang

Monsieur le Président,

Notre Conseil a pris bonne connaissance de l'avant-projet de modification de la loi sur les produits thérapeutiques (LPTh) dont l'objectif est de garantir l'approvisionnement en sang et la gratuité du don du sang.

Avec l'évolution démographique de la population et la prise en charge de personnes atteintes de cancer, les besoins civils en don du sang sont et seront en augmentation. Pour faire face à cet accroissement prévisible, la commission de la sécurité sociale et de la santé publique de Conseil national propose d'apporter une modification de la loi afin de promouvoir la sécurité de l'approvisionnement en sang et en produits labiles dans le respect des exigences de qualité élevées, non seulement par le financement de la transfusion sanguine en Suisse avant que la pénurie ne menace, mais aussi en inscrivant dans la législation la gratuité du don du sang. La gratuité du don du sang s'appliquera en Suisse et pour toute importation de sang ainsi que de produits sanguins labiles.

En raison d'un risque de transmission de maladies du donneur, considérant la modification des délais de suspension provisoire ou temporaire du don du sang mise en place dans différents pays, de l'état de la science et de la technique, la modification de la loi sur les produits thérapeutiques propose qu'aucun donneur ne soit exclu d'un don de sang notamment en raison de son orientation sexuelle.

Le canton de Genève salue les trois propositions de modification de la loi et les soutient. Toutefois, il relève que les conditions à remplir par les allocataires pour bénéficier des aides

financières sont nombreuses et difficilement quantifiables, il conviendra donc de s'assurer que ces exigences ne seront pas un frein à la mise à disposition de ces aides en cas de nécessité.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre parfaite considération.

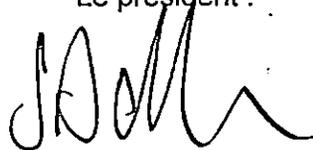
AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Bighetti

Le président :



Serge Dal Busco

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

per E-Mail an:
hmr@bag.admin.ch

Glarus, 10. Mai 2022
Unsere Ref: 2022-297

Vernehmlassung i. S. 16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende

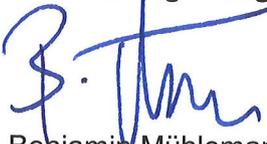
Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und teilen Ihnen mit, dass wir mit der vorgeschlagenen Änderung des Heilmittelgesetzes einverstanden sind.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Kommissionspräsident, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Benjamin Mühleemann
Landammann


Hansjörg Dürst
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version):
- hmr@bag.admin.ch



Sitzung vom

10. Mai 2022

Mitgeteilt den

11. Mai 2022

Protokoll Nr.

443/2022

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Nationalrates (SGK-N)
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: hmr@bag.admin.ch

16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Sehr geehrte Damen und Herren Nationalrätinnen und Nationalräte

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 haben Sie uns in Umsetzung der oben genannten parlamentarischen Initiative den Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG) zur Vernehmlassung unterbreitet. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme bedanken wir uns.

Wir unterstützen im Grundsatz die entsprechenden Anpassungen im Heilmittelgesetz. Zur Begründung verweisen wir auf die Beschlüsse des Vorstands der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren (GDK) vom 19. Januar 2017 bzw. das Mail der GDK vom 25. April 2022.



Namens der Regierung

Der Präsident:

Marcus Caduff

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Conseil national
Commission de la sécurité sociale et
de la santé publique
M. Albert Rösti
3003 Berne
Par mail : hmr@bag.admin.ch

Delémont, le 10 mai 2022

Prise de position du Gouvernement de la République et Canton du Jura dans le cadre de la procédure de consultation de l'avant-projet sur la garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang

Monsieur le Président,
Madame, Monsieur,

Le Gouvernement jurassien remercie la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique de lui donner la possibilité, par sa lettre du 24 février 2022, de prendre position dans le cadre de la procédure de consultation de l'avant-projet sur la garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang.

Le Gouvernement jurassien n'a pas de remarque particulière à formuler et soutient l'avant-projet présenté.

En vous remerciant de l'avoir consulté sur cet objet, le Gouvernement jurassien vous présente, Monsieur le Président, Madame, Monsieur, l'expression de ses sentiments distingués.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


David Eray
Président




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'Etat



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Envoi par courrier électronique

Commission de la sécurité sociale et de la
santé publique
Monsieur Albert Rösti
Président
3003 Berne

Consultation sur l'avant-projet de modification de la loi sur les produits thérapeutiques (LPTh) suite à l'initiative parlementaire Giezendanner : garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang.

Monsieur le président,

La procédure de consultation du 24 février 2022 sur l'objet cité en titre nous est bien parvenue et nous vous en remercions. Nous sommes en mesure de nous positionner brièvement comme suit à son sujet.

Nous saluons la proposition de modification de la base légale (LPTh) visant à assurer la sécurité du financement de la transfusion sanguine en Suisse et sa qualité.

Nous sommes d'avis qu'il est nécessaire de régler la gratuité du don de sang et de ne pas discriminer certains donateurs à cause de leur orientation sexuelle.

En conséquence, nous soutenons l'avant-projet soumis à consultation.

Nous vous prions de croire, Monsieur le président, à l'expression de notre considération distinguée.

Neuchâtel, le 23 mai 2022

Au nom du Conseil d'État :

Le président,
L. FAVRE

La chancelière,
S. DESPLAND



NE



KANTON
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans
Telefon 041 618 79 02, www.nw.ch

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit
Kommissionspräsident Albert Rösti
3003 Berns

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 17. Mai 2022

16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende. Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 unterbreiteten Sie uns die Vorlage zur Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende mit der Bitte, bis zum 31. Mai 2022 eine Stellungnahme abzugeben.

Wir danken Ihnen für diese Möglichkeit und teilen Ihnen mit, dass wir mit der Vorlage einverstanden sind und keine weiteren Anmerkungen haben.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES

Karin Kayser-Frutschi
Landammann



lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- hmr@bag.admin.ch



CH-6061 Sarnen, Postfach, Staatskanzlei

Kommission für soziale Sicherheit und
Gesundheit des Nationalrats

Mail an: hmr@bag.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4303
Unser Zeichen:

Sarnen, 24. Mai 2022

Vorentwurf zu Änderung des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG)

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Vorentwurf der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) zu einem Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes Stellung nehmen zu können.

Die Kommission verfolgt mit ihrer Vorlage drei Ziele. Erstens will sie im Rahmen der verfassungsmässigen Zuständigkeiten des Bundes die Finanzierungssicherheit des inländischen Blutspendewesens sowie die Einhaltung der hohen Sicherheitsanforderungen für die Zukunft nachhaltig sicherstellen. Sie schlägt daher eine rechtliche Verankerung und einen Ausbau des heutigen Systems der Finanzhilfe im Heilmittelgesetz vor. Die Finanzhilfe wird als flankierende Massnahme für die Sicherstellung des sicheren Umgangs mit Blut und Blutprodukten vorgesehen.

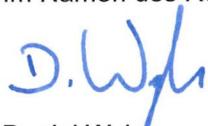
Zweitens will sie die langjährige und unbestrittene Praxis der Unentgeltlichkeit der Blutspende festschreiben. Deshalb schlägt sie vor, das Gewähren und Entgegennehmen jeglicher Vorteile im Zusammenhang mit der inländischen Blutspende explizit auf Gesetzesstufe zu verbieten. Die Einfuhr von Blut und labilen Blutprodukten zu Transfusionszwecken, für die solche Vorteile gewährt oder entgegengenommen wurden, soll ebenfalls verboten werden. Drittens will die Kommission im Heilmittelgesetz festschreiben, dass die Ausschlusskriterien vom Blutspenden niemanden diskriminieren dürfen, namentlich nicht wegen der sexuellen Orientierung.

Der Regierungsrat des Kantons Obwalden ist wie die Kommission der Ansicht, dass die Sicherstellung der Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Blut und labilen Blutprodukten heute rechtlich unzureichend geregelt ist. Der zivilen Blutversorgung wird in Zukunft angesichts der demografischen Entwicklung eine viel grössere Bedeutung zukommen. Der Regierungsrat unterstützt daher vollumfänglich den von der Kommission geschaffenen Vorentwurf zum Heilmittelgesetz.

Der Kanton Obwalden verzichtet auf eine weitergehende Stellungnahme zu den einzelnen Artikeln dieser Vorlage.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'D. Wyler'.

Daniel Wyler
Landammann

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'NF Wallimann'.

Nicole Frunz Wallimann
Landschreiberin



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrates
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 74 44
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 29. April 2022

16.504 n Pa.lv. Giezendanner «Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende»; Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Umsetzung der parlamentarischen Initiative Giezendanner (16.504 «Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende») bzw. zum Vorentwurf der Änderung des eidgenössischen Heilmittelgesetzes (SR 812.21; abgekürzt HMG) ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

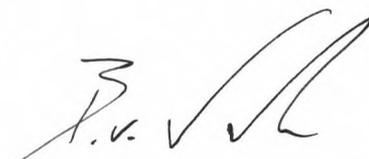
Der vorgelegte Änderungsvorschlag ist im Grundsatz zu begrüßen, bedarf jedoch einiger Präzisierungen.

Die Einhaltung der Grundsätze der Unentgeltlichkeit und der Nichtdiskriminierung hat im Blutspendensystem neben den qualitativen Aspekten oberste Priorität. Finanzhilfen des Bundes an Leistungserbringer zur Sicherstellung der Versorgung der Bevölkerung mit Blut und labilen Blutprodukten muss an strikte und überprüfbare Kriterien gebunden werden. Die diesbezüglichen Präzisierungen sind im beiliegenden Antwortformular festgehalten.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Im Namen der Regierung


Marc Mächler
Präsident


Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär





Beilage:
Ausgefülltes Antwortformular

Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
hmr@bag.admin.ch

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Regierung des Kantons St.Gallen

Abkürzung der Firma / Organisation : RR SG

Adresse : Gesundheitsdepartement, Oberer Graben 32, 9001 St.Gallen

Kontaktperson : Dr.med. Danuta Zemp, Kantonsärztin

Telefon : 058 229 59 16

E-Mail : danuta.zemp@sg.ch

Datum : 26. April 2022

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 31. Mai 2022** an folgende E-mail Adresse: hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Änderungen des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG)			
Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemerkungen		
RR SG			
Name / Firma	Artikel / Absatz	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
RR SG			
RR SG	Art. 36 Abs.2 ^{bis}	Die Definition von Personengruppen, die von der Blutspende ausgeschlossen werden, erfolgt zum heutigen Zeitpunkt durch die Blutspende SRK Schweiz auf rein fachlicher bzw. risikobasierter Einschätzung. Der aktuelle Fragebogen, der von Blutspendewilligen ausgefüllt werden muss, beinhaltet daher Fragen, die der Risikobewertung in Bezug auf die Übertragung von Infektionskrankheiten auf der Basis von z.B sexuellen Kontakten, Konsum von Drogen, erhaltenen Bluttransfusionen oder chirurgischen bzw. ästhetischen Eingriffen dient. Der Fragebogen wird einer regelmässigen Revision unterzogen, um die wissenschaftlich/epidemiologisch belegten Risiken mit einer möglichst grossen Sicherheit erfassen zu können. In Anbetracht der Tatsache, dass die Übertragung von Infektionskrankheiten für Blutspendenempfängerinnen und -empfänger sehr grosse gesundheitliche Folgen hat, muss einer genauen Erfassung von Risiken vor der Spende eine hohe Bedeutung zukommen. Dies insbesondere, da bei Infektionskrankheiten wie HIV diagnostische Fenster zwischen Infektion und Infektionsnachweis in der Analyse der Blutprobe bestehen.	Die Ausschlusskriterien müssen auf der wissenschaftlich belegten Risikoeinschätzung beruhen und dürfen niemanden diskriminieren. Sie müssen fortlaufend einer Reevaluation unterzogen werden.

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

RR SG	Art. 41a	<p>Das Blutspenden wird auch in Zukunft weiter abnehmen, da die starke Alterung der Bevölkerung in den kommenden Jahren den Anteil der Personen reduzieren wird, die spenden können. Es ist daher fraglich, ob zusätzliche finanzielle Mittel die Problematik verbessern können.</p> <p>Die aktuelle Situation aus heute schweizweit 11 Blutspendezentren stellt eine bewährte Struktur dar, die im Zusammenspiel mit dem SRK in der Bevölkerung grosses Vertrauen genießt. Es besteht jedoch keine Exklusivitätsgarantie zugunsten der Blutspende SRK AG in Bezug auf die Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Blut und labilen Blutprodukten.</p> <p>Die Sicherstellung von Finanzhilfen ist jedoch im Hinblick auf die Einhaltung der hohen Sicherheitsanforderungen sinnvoll. Die möglichen Finanzhilfen sollen hierbei subsidiären Charakter haben.</p> <p>Die geplante Regelung in Bezug auf die Finanzhilfen soll grundsätzlich auch neuen Anbietern zugänglich sein. Hierbei ist darauf zu achten, dass Importe von Blut aus dem Ausland (gemäss heutiger Praxis werden nur labile Blutprodukte importiert) einerseits das inländische Blutspendensystem und damit die Autonomie der Schweiz empfindlich treffen könnten (auch Kostendruck in Bezug auf Labor- und Herstellungskosten) und andererseits die Überprüfung der Unentgeltlichkeit der Blutspenden erschweren würden.</p>	
	Art. 41a Abs. 3 Bst. c	Die Formulierung der Bedingungen für die Entrichtung von Finanzhilfen muss präzisiert werden.	...,zusichert, die zu fördernde Aufgabe ausschliesslich zugunsten der Bevölkerung zu erfüllen;

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Kanton Schaffhausen, Departement des Innern

Abkürzung der Firma / Organisation : SH

Adresse : Mühlentalstrasse 105

Kontaktperson : Anna Sax

Telefon : +41 52 632 74 64

E-Mail : anna.sax@sh.ch

Datum : 15.04.2022

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 31. Mai 2022** an folgende E-mail Adresse: hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Änderungen des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG)

Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)			
SH	Der Kanton Schaffhausen befürwortet die vorgeschlagene Änderung des HMG betreffend Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende. Er schliesst sich damit der Stellungnahme der Schweizerischen Konferenz der Kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren GDK an.		
Name / Firma	Artikel / Absatz	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)

Departement des Innern

Ambassadorshof
Riedholzplatz 3
4509 Solothurn
Telefon 032 627 93 61
inneres@ddi.so.ch

Susanne Schaffner
Regierungsrätin

Kommission für soziale Sicherheit
und Gesundheit des Ständerates
SGK-N
Parlamentsdienste
3003 Bern

11. Mai 2022

16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende; Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG) und zum erläuternden Bericht und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Solothurn unterstützt das Bestreben, zur Regelung verschiedener Fragen im Zusammenhang mit der Blutspende, eine bundesgesetzliche Grundlage zu schaffen. Damit soll die langfristige Versorgung gesichert werden, indem die Finanzierung des inländischen Blutspendewesens sowie die Einhaltung der hohen Sicherheitsanforderungen sichergestellt werden.

Der Kanton Solothurn stimmt dem Vorschlag ohne zusätzliche Änderungsvorschläge zu.

Freundliche Grüsse



Susanne Schaffner
Regierungsrätin



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

An das
Bundesamt für Gesundheit
hmr@bag.admin.ch
(PDF- und Word-Version)

Schwyz, 17. Mai 2022

Nationalrat, Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit: Vernehmlassung PI «Sicherstellung Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende»

Verzicht auf Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 hat die Kommission für Sicherheit und Soziale Gesundheit des Nationalrates (SGK-N) den Kantonsregierungen die Unterlagen zur PI «Sicherstellung Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende» zur Vernehmlassung bis 31. Mai 2022 unterbreitet.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz verzichtet jedoch auf eine Vernehmlassung.

Im Namen des Regierungsrates:

Petra Steimen-Rickenbacher
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

– die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.

Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Nationalrat
Kommission für soziale
Sicherheit und Gesundheit
Herr Albert Rösti
Kommissionspräsident
3003 Bern

Frauenfeld, 10. Mai 2022
297

16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende

Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Kommissionspräsident

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Vorentwurf der Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG; SR 812.21). Wir begrüßen die Gesetzesrevision, regen jedoch ergänzend an, eine Ausnahmeregelung für den Import von Blut und labilen Blutprodukten in Art. 35 Abs. 1^{bis} HMG zu prüfen, sollte ein akuter Engpass in der Schweiz entstehen. So wäre dem Grundsatz der Unentgeltlichkeit Rechnung getragen. Gleichzeitig könnte der Bundesrat schnell handeln, wenn aufgrund der Demographie oder anderer Umstände eine Mangellage entstünde.

Mit freundlichen Grüssen

Die Präsidentin des Regierungsrates



Der Staatsschreiber





Beilage:

- Antwortformular

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : Amt für Gesundheit, Kanton Thurgau

Abkürzung der Firma / Organisation : AfG

Adresse : Promenadenstrasse 16, 8510 Frauenfeld

Kontaktperson : Dr. med. Agnes Burkhalter, Kantonsärztin

Telefon : 058 345 68 65

E-Mail : agnes.burkhalter@tg.ch

Datum : 10. Mai 2022

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen!
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen möchten, so können Sie unter "Extras/Dokumentenschutz aufheben" den Schreibschutz aufheben.
3. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **bis am 31. Mai 2022** an folgende E-mail Adresse: hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Pa. Iv. Giezendanner. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende
Vernehmlassungsverfahren vom 24. Februar 2022 bis 31. Mai 2022**

Änderungen des Bundesgesetzes über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz, HMG)

Name / Firma (bitte auf der ersten Seite angegebene Abkürzung verwenden)	Allgemeine Bemerkungen
	<p>Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme zum Vorentwurf der Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG; SR 812.21). Wir begrüßen die Gesetzesrevision, regen jedoch an, eine Ausnahmeregelung für den Import von Blut und labilen Blutprodukten in Art. 35 Abs. 1^{bis} HMG zu prüfen, sollte ein akuter Engpass in der Schweiz bestehen. So wäre dem Grundsatz der Unentgeltlichkeit Rechnung getragen. Gleichzeitig könnte der Bundesrat schnell handeln, wenn aufgrund der Demographie oder anderer Umstände eine Mangellage entstünde.</p>

Name / Firma	Artikel / Absatz	Kommentar / Bemerkungen	Antrag für Änderungsvorschlag (Textvorschlag)
Afg	Art. 35 Abs. 1 ^{bis}	Grundsätzlich soll eine Einfuhr von Blut und labilen Blutprodukten die in der Schweiz geltenden Voraussetzungen erfüllen. Die vorgeschlagene Regelung der Unentgeltlichkeit der Blutspende ist umfassend und lässt keine Ausnahme zu. Es ist u.E. zu prüfen, ob bei einem akuten Engpass an Blut oder labilen Blutprodukten nicht eine Ausnahmebefugnis durch den Bund sachgerecht wäre (vgl. Allgemeine Bemerkungen).	NA
Afg	Art. 41a	Im erläuternden Bericht ist auf S. 21, Zeile 12 ein "die" zu streichen.	NA

Numero
2686

cl

0

Bellinzona
25 maggio 2022

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Al
Consiglio nazionale
Commissione della sicurezza sociale
e della sanità
3003 Berna

hmr@bag.admin.ch

Procedura di consultazione 16.504 n Iv. pa. Giezendanner Garantire l'approvvigionamento di sangue e la gratuità della donazione

Gentili signore, egregi signori,

vi ringraziamo per averci dato l'opportunità di esprimere la nostra opinione in merito alla summenzionata procedura di consultazione.

Il Consiglio di Stato prende atto del progetto di modifica della Legge federale sui medicinali elaborato dalla Commissione.

La gratuità della donazione di sangue come principio etico fondamentale ma anche quale fattore essenziale per la sicurezza è una prassi incontestata e consolidata in Svizzera, sancita nella Costituzione federale e nella Convenzione sui diritti dell'uomo e la biomedicina. Siamo pertanto favorevoli alla sua trasposizione nella legge. Il capoverso 2 del nuovo articolo 33a ci sembra tuttavia parzialmente superfluo, in particolare per quanto riguarda le lettere b. e c. Va da sé che il risarcimento degli eventuali danni subiti dal donatore a causa della donazione di sangue non può costituire un profitto finanziario o un altro vantaggio illecito incompatibile con il principio di gratuità.

Circa il divieto di discriminazione dei donatori, non riteniamo invece necessario specificare che ciò vale in particolare per l'orientamento sessuale. Come ripetutamente affermato anche dal Consiglio federale, l'esclusione – secondo modalità diverse a dipendenza della situazione epidemiologica e dello stato della scienza e della tecnica – degli omosessuali maschi che hanno rapporti con altri maschi non è determinata dall'orientamento sessuale, bensì dal fatto che questi rapporti sessuali costituiscono un comportamento a rischio quanto all'HIV.

RG n. 2686 del 25 maggio 2022

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, l'espressione della nostra stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente

Claudio Zali

Il Cancelliere

Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento della sanità e della socialità (dss-dir@ti.ch)
- Divisione della salute pubblica (dss-dsp@ti.ch)
- Ufficio del farmacista cantonale (dss-ufc@ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

Per Mail (hmr@bag.admin.ch):
Nationalrat
Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
3003 Bern

Altdorf, 9. Mai 2022

Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats die Kantone eingeladen, eine Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG) betr. Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende abzugeben. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Aufgrund der Prüfung der Vernehmlassungsunterlagen teilen wir Ihnen mit, dass wir von der Möglichkeit zur Stellungnahme keinen Gebrauch machen.

Wir zählen auf Ihr Verständnis und danken Ihnen dafür.

Freundliche Grüsse

Gesundheits-, Sozial- und Umweltdirektion



Christian Arnold, Regierungsrat

Kopie an:

– Amt für Gesundheit

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur
Albert Rösti
Président de la Commission de la sécurité
sociale et de la santé du Conseil national
Via l'Office fédéral de la santé publique
3003 Berne

*Envoi par courriel (Word et PDF)
hmr@bag.admin.ch*

22_COU_2892

Lausanne, le 25 mai 2022

Avant-projet de modification de la loi fédérale sur les médicaments et les dispositifs médicaux (loi sur les produits thérapeutiques, LPT) – garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang
Réponse à la procédure de consultation

Monsieur le Président,

Nous accusons réception de votre courrier du 24 février 2022 et vous remercions vivement de nous avoir soumis le projet mentionné en exergue pour avis.

Cet avant-projet, mis en consultation par la Commission de la sécurité sociale et de la santé du Conseil national (CSSS-CN), met en œuvre l'initiative Giezendanner (16.504 n lv. pa.).

Conformément à la demande formulée dans cette initiative parlementaire, en adoptant, le 3 février 2022, un avant-projet de modification de la loi sur les produits thérapeutiques (LPT), la CSSS-N propose de concrétiser les trois objectifs suivants :

- assurer la sécurité du financement de la transfusion sanguine en Suisse, et ainsi indirectement la pérennité de l'approvisionnement de la population en sang et en produits sanguins labiles ;
- ancrer dans la loi le principe de la gratuité du don du sang, y compris lorsque le sang et les produits sanguins sont importés ; et
- inscrire explicitement dans la loi le principe selon lequel nul ne doit être discriminé par les critères d'exclusion du don du sang, notamment du fait de son orientation sexuelle.

Tel que formulé, le projet formalise au niveau de la loi des pratiques solidement ancrées dans notre canton, et appliquées en particulier par les partenaires du CHUV actifs dans le domaine du don de sang.

Nous saluons donc et approuvons les modifications de la LPT^h qui sont proposées. Ces dernières ont le mérite de poser clairement les fondements sur lesquels reposent les dons de sang, et d'assurer la pérennité du système au moyen d'aides financières si nécessaire.

Cependant, le Conseil d'Etat regrette que le rapport explicatif maintienne une forme d'ambiguïté sur le principe de non-discrimination du fait de l'orientation sexuelle. En effet, le commentaire de l'art. 36 al. 2 bis en p. 19 du rapport, mentionne ce qui suit :

« Il y a lieu en particulier d'examiner si et, le cas échéant, dans quelle mesure le délai de suspension spécifique fixé actuellement à 12 mois pour les MSM repose comme il se doit sur un motif (qualifié). Il faudra notamment déterminer si – comme dans d'autres pays – les objectifs visés peuvent aussi être atteints par des moyens moins rigoureux telle que l'évaluation uniforme du comportement sexuel à risque (par ex. changements de partenaires, rapports anaux) indépendamment du sexe et de l'orientation sexuelle. »

Or, cette assertion contribue à maintenir une forme de discrimination, ou à tout le moins de suspicion vis-à-vis d'une catégorie de personnes, en l'occurrence les hommes ayant des rapports sexuels avec des hommes (HSH), alors que ce sont bien les comportements à risque qui sont problématiques, indépendamment du sexe et de l'orientation sexuelle. Le Conseil d'Etat vaudois estime que le rapport explicatif doit être adapté, afin d'établir clairement la portée du nouvel art. 36 al. 2 bis, dans le sens d'une suppression des délais de suspension spécifiques aux HSH, et d'une approche qui tienne compte de manière uniforme des personnes entretenant un partenariat sexuel exclusif depuis une période minimale donnée, à l'instar par exemple de la réglementation qui prévaut en Allemagne ou au Royaume-Uni.

Par ailleurs, afin de lever tout doute envers les contrevenants potentiels, et de mettre l'accent sur l'importance d'une application des critères d'exclusion respectueuse de la volonté du législateur, nous proposons de compléter l'article 86 alinéa 1 lettre c comme suit :

Art. 86, al. 1, let. c

1 Est passible d'une peine privative de liberté de trois ans au plus ou d'une peine pécuniaire quiconque, intentionnellement :c. contrevient, lorsqu'il effectue une opération en rapport avec le sang ou des produits sanguins, aux dispositions sur la gratuité du don de sang, sur l'aptitude à donner du sang, **en particulier lors de l'application des critères d'exclusion**, sur l'obligation de faire un test, sur l'obligation d'enregistrer et d'archiver, néglige son devoir de diligence au sens de l'art. 37 ou omet de prendre les mesures de protection et de sécurité requises;

Nous vous remercions de l'attention que vous porterez à la présente, dont nous vous souhaitons bonne réception et vous prions d'agréer, Monsieur le Président, l'expression de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER



Nuria Gorrite



Aurélien Buffat

Copies

- OAE
- elias.achermann@parl.admin.ch
- daniel.albrecht@bag.admin.ch

Personne responsable :

- carmen.grand@vd.ch (078 639 93 17)



P.P. CH-1951
Sion

A-PRIORITY Poste CH SA

Conseil national
Commission de la sécurité sociale et de
la santé publique
Albert Rösti, Président
Palais du Parlement
3003 Bern



11 MAI 2022

Date

Initiative parlementaire « Garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang »

Monsieur le Président,

En réponse à la procédure de consultation du 24 février 2022 concernant l'objet cité en référence, vous trouverez en annexe la prise de position du Gouvernement valaisan.

Le canton du Valais est d'avis, tout comme la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national, que la garantie de l'approvisionnement de la population suisse en sang et en produits sanguins labiles est aujourd'hui insuffisamment réglée sur le plan juridique. L'approvisionnement en sang pour les besoins civils revêtira à l'avenir une importance bien plus grande au vu de l'évolution démographique. Le canton du Valais salue donc la création d'une base permettant, en cas de besoin, de favoriser l'approvisionnement en sang et en produits sanguins labiles sécurisés en garantissant des opérations sûres. Il est donc important de régler la gratuité du don de sang au niveau de la loi afin d'éviter une utilisation abusive du sang. Il est également favorable aux dispositions visant à éviter toute discrimination dans les critères d'exclusion du don du sang.

Nous n'avons pas de remarques particulières à formuler concernant les modifications proposées.

En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Monsieur le Président, à l'assurance de notre parfaite considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Roberto Schmidt



Le chancelier



Philipp Spörri

Annexe Formulaire
Copie à hmr@baq.admin.ch

Prise de position de

Nom / entreprise / organisation : Etat du Valais

Abréviation de l'entr. / org. : EtatVS

Adresse : Service de la santé publique, Av. de la Gare 23, 1950 Sion

Personne de référence : Mariette Furrer-Ruppen, pharmacienne cantonale

Téléphone : 027 606 49 00

Courriel : Mariette.FURRER-RUPPEN@admin.vs.ch

Date : 29.03.2022

Informations importantes :

1. Veuillez n'effectuer aucun changement dans le format du formulaire.
2. Si vous souhaitez supprimer certains tableaux dans le formulaire, vous avez la possibilité d'ôter la protection du texte sous « Outils/Ôter la protection ».
3. Veuillez envoyer votre prise de position par voie électronique **avant le 31 mai 2022** à l'adresse suivante : hmr@bag.admin.ch

**16.504 n Iv. pa. Giezendanner. Garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang
Procédure de consultation du 24 février 2022 au 31 mai 2022**

Modifications de la loi fédérale sur les médicaments et les dispositifs médicaux (Loi sur les produits thérapeutiques, LPT)			
Nom / entreprise <small>(prière d'utiliser l'abréviation indiquée à la première page)</small>	Remarques générales		
EtatVS	<p>Der Kanton Wallis vertritt auch die Meinung, wie der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates, dass die Sicherstellung der Versorgung der Schweizer Bevölkerung mit Blut und labilen Blutprodukten heute rechtlich unzureichend geregelt ist. Der zivilen Blutversorgung wird in Zukunft angesichts der demografischen Entwicklung eine viel grössere Bedeutung zukommen. Der Kanton Wallis begrüsst daher, dass eine Grundlage geschaffen wird, um bei Bedarf via Sicherstellung eines sicheren Umgangs letztlich auch die Versorgung mit sicherem Blut und sicheren labilen Blutprodukten gefördert werden kann. Es ist daher wichtig, die Unentgeltlichkeit der Blutspende auf Gesetzesstufe zu regeln, um einen missbräuchlichen Umgang mit Blut zu verhindern.</p> <p>In diesem Sinne unterstützt der Kanton Wallis die parlamentarische Initiative: Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende.</p> <p>Le canton du Valais est d'avis, tout comme la Commission de la sécurité sociale et de la santé publique du Conseil national, que la garantie de l'approvisionnement de la population suisse en sang et en produits sanguins labiles est aujourd'hui insuffisamment réglée sur le plan juridique. L'approvisionnement en sang pour les besoins civils revêtira à l'avenir une importance bien plus grande au vu de l'évolution démographique. Le canton du Valais salue donc la création d'une base permettant, en cas de besoin, de favoriser l'approvisionnement en sang et en produits sanguins labiles sécurisés en garantissant des opérations sûres. Il est donc important de régler la gratuité du don de sang au niveau de la loi afin d'éviter une utilisation abusive du sang.</p> <p>C'est dans ce sens que le canton du Valais soutient l'initiative parlementaire : Garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang.</p>		
Nom / entreprise	Article / alinéa	commentaires / remarques	modification proposée (texte proposé)

16.504 n Iv. pa. Giezendanner. Garantie de l'approvisionnement en sang et gratuité du don de sang
Procédure de consultation du 24 février 2022 au 31 mai 2022

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrats SGK-N
3003 Bern

Zug, 3. Mai 2022 rv

**Vorentwurf der SGK-N Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit
der Blutspende:
Vernehmlassungsantwort des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 24. Februar 2022 haben Sie den Kanton Zug dazu eingeladen, zum Vorentwurf der SGK-N betreffend Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende Stellung zu nehmen.

Basierend auf einer parlamentarischen Initiative hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrates am 3. Februar 2022 einen Vorentwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG; SR 812.21) verabschiedet.

Die Vorlage beinhaltet Massnahmen betreffend der nachhaltigen Finanzierungssicherheit und der Einhaltung der Sicherheitsanforderungen, welche einen sicheren Umgang mit Blut und Blutprodukten gewährleisten.

Weiterführend soll in der Vorlage festgeschrieben werden, dass eine Beurteilung der Spende-tauglichkeit aufgrund der sexuellen Orientierung ausgeschlossen wird.

Wir sind mit der Vorlage einverstanden und begrüßen insbesondere, dass die Blutspende unentgeltlich sein soll, um Menschen nicht aus einer finanziellen Notlage heraus zu einer Blutspende zu motivieren.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug



Martin Pfister
Landammann



Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- hmr@bag.admin.ch (Word-Dokument und PDF)
- Gesundheitsdirektion (info.gd@zg.ch, PDF)
- Amt für Gesundheit (gesund@zg.ch, PDF)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung (PDF-Format)



Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit
des Nationalrates
3003 Bern

11. Mai 2022 (RRB Nr. 726/2022)

**Parlamentarische Initiative «Sicherstellung der Blutversorgung
und Unentgeltlichkeit der Blutspende»; Vernehmlassung**

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte

Mit Schreiben vom 24. Februar 2022 haben Sie uns zur Vernehmlassung betreffend die parlamentarische Initiative 16.504 «Sicherstellung der Blutversorgung und Unentgeltlichkeit der Blutspende» eingeladen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir unterstützen den von Ihrer Kommission ausgearbeiteten Entwurf zur Änderung des Heilmittelgesetzes (HMG, SR 812.21) grundsätzlich, auch wenn er sich nicht in allen Punkten mit der parlamentarischen Initiative deckt.

Wir begrüssen insbesondere die gemäss Art. 41a HMG neu vorgesehenen Finanzhilfen des Bundes und die Vollzugzuständigkeit des Bundesamtes für Gesundheit (BAG) gemäss Art. 82 Abs. 1 dritter Satz HMG. Fraglich ist allerdings, ob diese Bestimmungen thematisch überhaupt in das Heilmittelgesetz gehören oder nicht eher in einem anderen Erlass des Bundesrechts statuiert werden müssten.

Ferner begrüssen wir die Regelung der Unentgeltlichkeit von Blutspenden, eingeführtem Blut und labilen Blutprodukten sowie die Einführung einer entsprechenden Strafnorm im HMG, wie dies bereits im Bundesgesetz vom 8. Oktober 2004 über die Transplantation von Organen, Geweben und Zellen (SR 810.21) betreffend die Spende von menschlichen Organen, Geweben oder Zellen der Fall ist. Im erläuternden Bericht wird bezüglich Blut und Blutprodukten, die für Transfusionen aus dem Ausland eingeführt werden müssen, richtigerweise festgehalten, dass das Unentgeltlichkeitsgebot in Bezug auf seltene bis sehr seltene Blutgruppen einen negativen Einfluss auf die Sicherstellung der Blutversorgung haben könnte. Dieser Nachteil sollte aufgrund der mit der Unentgeltlichkeit von Blutspenden einhergehenden Qualität allerdings hingenommen werden.

Zudem wird beabsichtigt, im HMG festzuschreiben, dass die Ausschlusskriterien von Blutspenden niemanden diskriminieren dürfen, namentlich nicht wegen der sexuellen Orientierung (neuer Art. 36 Abs. 2^{bis} HMG). Aus unserer Sicht ist die kontinuierliche Überprüfung und Anpassung der Ausschlusskriterien gestützt auf die neusten wissenschaftlichen Erkenntnisse zwingend erforderlich. Es ist selbstverständlich, dass potenzielle Spenderinnen und Spender aufgrund der sexuellen Orientierung ohne sachlichen Grund nicht ungleich behandelt werden dürfen. Das Diskriminierungsverbot ergibt sich bereits aus Art. 8 Abs. 2 der Bundesverfassung (SR 101). Dieses findet auf sämtliche Lebensbereiche Anwendung und bedarf aus unserer Sicht daher keiner zusätzlichen Festlegung auf Gesetzesstufe. Auch im Transplantationsgesetz gibt es keine vergleichbare Bestimmung. Zudem ist die Bestimmung vom ursprünglichen Wortlaut der Initiative nicht erfasst. Daher sollte aus unserer Sicht auf die Aufnahme von Art. 36 Abs. 2^{bis} HMG verzichtet werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Frauen Nationalrätinnen und Herren Nationalräte,
den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

Die Staatsschreiberin:

Ernst Stocker

Dr. Kathrin Arioli

